

ÜBERSICHT

IN EIGENER SACHE

1. 25. Jubiläum des FPR im Brandenburger Landtag am 8. September 2017
2. Effektive Vernetzung, Blog im RSS Feed und neue Kommentarfunktion
3. Frauen Stimmen Gewinnen – Mitmach-Tipps zur Bundestagswahl gesucht

AKTUELLES

4. Koordinierungsstelle Gewaltschutz für geflüchtete Frauen in Brandenburg
5. Aktionsplan „Queeres Brandenburg“
6. Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) tritt in Kraft
7. 2. Gleichstellungsbericht verdeutlicht Handlungsbedarf
8. G20, W20: Vom grenzenlos feministischen Protest
9. Endlich: Istanbul-Konvention ist beschlossen

VERANSTALTUNGEN / AKTIONEN

IN EIGENER SACHE

1. 25. Jubiläum des FPR im Brandenburger Landtag am 8. September 2017

Dass der FPR am 8. September sein 25-jähriges Jubiläum feiert, wissen die meisten von Ihnen schon. Nun können wir feierlich verkünden, dass das Jubiläum in Kooperation mit dem Brandenburgischen Landtag veranstaltet wird. Großer Dank geht an die Landtagspräsidentin Britta Stark und an die frauenpolitischen Sprecherinnen der Fraktionen: Ina Muhß, Diana Bader, Kristy Augustin und Ursula Nonnemacher!

Wir stecken mitten in den Vorbereitungen und haben viele tolle Ideen in der Tasche. Mehr Infos bekommen Sie dann Ende Juli in unserer Einladung oder auf unserer Homepage im [Veranstaltungskalender](#).

2. Effektive Vernetzung, Blog im RSS-Feed und neue Kommentarfunktion

Unser Projekt „Effektive Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit als Motor für politische Bildung und Partizipation“ ist in vollem Gange, die ersten Blogbeiträge von unseren Mitgliedsorganisationen sind schon fertig und es dauert nicht mehr lange, dann werden die ersten Portraits auch online sein. [Hier](#) sind alle Beiträge von und über unsere Mitgliedsorganisationen zu lesen, es kommen fast täglich welche hinzu.

Um sofort über neue Blogbeiträge informiert zu sein, können Sie ab jetzt den Blog im RSS-Feed abonnieren, [hier](#) ist der Link dazu.

Außerdem steht seit heute die Kommentarfunktion bereit für Diskussionen, Fragen, Kritik und Feedback!

Spread the word: Wir freuen uns auch weiterhin über Frauen, die an unserem Redaktionsteam mitwirken wollen.

3. Frauen Stimmen Gewinnen – Mitmachtipp zur Bundestagswahl gesucht

Politische Teilhabe ist ein großer Begriff. Demokratie erfordert, dass wir alle mitmachen, aber oft erscheinen einem die Aufgaben so riesig und wir haben alle schon so wenig Zeit. Dabei muss es nicht gleich der Parteieintritt oder eine Kandidatur für ein politisches Amt sein. FRAUEN STIMMEN GEWINNEN macht jeden Freitag einen ganz konkreten Vorschlag, wie wir alle uns gesellschaftlich einbringen können. Wie wäre es zum Beispiel mit einem Besuch im Landtag? Abstimmen beim Bürgerhaushalt? Oder eine kleine Spende für den Nachbarschaftsverein, der sich für Geflüchtete engagiert?

Wir sind immer noch auf der Suche nach Vorschlägen aus dem gesamten Land Brandenburg für zukünftige Mitmach-Tipps. Wenn es also eine tolle Aktion, Idee oder ein Projekt gibt, was dringend Unterstützung gebrauchen könnte, egal in welcher Form, dann her damit.

Unter [diesem Link](#) sind alle bisherigen Beiträge zu Frauen-Stimmen-Gewinnen zu finden.

AKTUELLES

4. Koordinierungsstelle Gewaltschutz für geflüchtete Frauen in Brandenburg

Die die landesweite Koordinierungsstelle „Gewaltschutz für geflüchtete Frauen in Brandenburg“ in Trägerschaft des Diakonischen Werks Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (DWBO) hat am 1. März 2017 ihre Arbeit aufgenommen. Monika von der Lippe, die brandenburgische Landesgleichstellungsbeauftragte informiert: „Damit entwickeln wir die Stelle weiter, die wir bereits ab 1. Juli 2016 im Land eingerichtet hatten. Die neuen Schwerpunkte ergeben sich aus der veränderten Situation: Neben der Vernetzung der verschiedenen Akteure und der Beratung zur Umsetzung von Gewaltschutzkonzepten geht es vor allem um das Empowerment der geflüchteten Frauen und die Beratung zur Einführung eines funktionierenden Beschwerdemanagements.“

Hintergrundinformationen zum Projekt finden Sie [hier](#). Die Projektleiterin, Frau Dr. Wegenast, erreichen Sie unter Telefon 0172 589 1265 und per E-Mail unter Wegenast.M@dwbo.de.
Anschrift: Landesweite Koordinierung Gewaltschutz für geflüchtete Frauen in Brandenburg, Orionstr. 10, 16321 Bernau.

5. Aktionsplan „Queeres Brandenburg“

„Queer in Brandenburg? – Jetzt mitmachen und Meinung sagen!“. Der Aktionsplan „Queeres Brandenburg“ ist in vollem Gange. Um die Ergebnisse der Dialogplattform und weitere Vorschläge zu diskutieren, gibt es noch zwei Beteiligungsworkshops in Brandenburg:

Cottbus, 05.07.2017, 16:00-19:30 Uhr

Prenzlau, 13.07.2017, 16:00-19:30 Uhr

Alle, die sich für mehr Offenheit und Vielfalt in Brandenburg einsetzen möchten, sind herzlich eingeladen, sich an der Entwicklung des Aktionsplans zu beteiligen – und weitere LSBTTIQ* in ganz Brandenburg zur Teilnahme anzuregen.

Mehr Informationen finden Sie [hier](#).

6. Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) tritt in Kraft

Am 1. Juli ist das neue Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG) in Kraft getreten. Das **Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** informiert darüber wie folgt: „Damit werden erstmals in Deutschland rechtliche Rahmenbedingungen für die legale Prostitution eingeführt. Mit der Einführung einer Pflicht zur regelmäßigen Anmeldung und gesundheitlichen Beratung wird langfristig sichergestellt, dass Prostituierte verlässliche Informationen zu ihren Rechten und zu gesundheitlichen und sozialen Unterstützungsangeboten erhalten. Die Verbesserung des Zugangs zu Informationen über Rechte und Unterstützungsangebote ist das zentrale Element für die Stärkung des Selbstbestimmungsrechts von Prostituierten. Kernelement des Gesetzes ist die Einführung einer Erlaubnispflicht für das Prostitutionsgewerbe. Mit der Einführung verbindlicher Mindeststandards für Prostitutionsstätten werden die Arbeitsbedingungen vor Ort verbessert; Betreibende werden stärker in die Verantwortung genommen.“

Bundesministerin Dr. Katarina Barley: „Wir wollen Frauen und Männer besser vor menschenunwürdiger Ausbeutung schützen. Mit dem Prostituiertenschutzgesetz haben wir in Deutschland erstmals verbindliche Regelungen für die legale Prostitution geschaffen. Das war dringend notwendig. Prostitution war bislang ein weitgehend rechtsfreier Raum. Gefährliche Auswüchse des Gewerbes und kriminelle Begleiterscheinungen können nun besser zurückgedrängt werden. Ein vorbestrafter Menschenhändler darf kein Bordell betreiben. Das stellen wir jetzt durch das Gesetz sicher.““ Die komplette Pressemitteilung finden Sie [hier](#).

Auch wenn das neue Gesetz im **Interesse von Sexarbeiter*innen** sein soll, kommt aus den Reihen von Interessensbündnissen von Sexarbeiter*innen Protest. In Do Lindenberg's Blogbeitrag zum Thema für den FPR kommt Ariane A. zu Wort: „Aus gutem Grunde halten wir Sexarbeiter*innen meistens unsere Tätigkeit geheim [...] Wir müssen für uns und unsere Familien Isolierung und Ablehnung, Respektlosigkeit und Mobbing befürchten. Wenn mein Ausweis in falsche Hände gerät, könnte ich sogar erpresst werden. Und wie ich unsere Kunden kenne, werden sie nach diesem Ausweis fragen, um damit unsere persönlichen Daten zu erfahren.“

In einem neuen Bündnis kämpfen deshalb Sexarbeiter*innen, feministischen Aktivist*innen und Sozialarbeiter*innen mit der Kampagne SEXARBEIT IST ARBEIT. RESPEKT! gegen das ProstSchG und für mehr Rechte für Sexarbeiter*innen.“ Den Blogbeitrag finden Sie [hier](#). Mehr Informationen zur Kampagne „Sexarbeit ist Arbeit. Respekt!“ finden Sie [hier](#).

Unsere Bürokollegin aus der Charlottenstr.121, Bärbel Heide Uhl, schreibt im **Missy Magazine** über das ProstSchG: „Mehr Rückschritt als Erfolg“. Der Artikel steht [hier](#) kostenlos zur Verfügung.

7.2. Gleichstellungsbericht verdeutlicht Handlungsbedarf

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend informiert in einer Pressemitteilung zum neuen Gleichstellungsbericht. Ministerin Barley fasst zusammen, dass es bei der Verteilung von Belastungen und Chancen zwischen den Geschlechtern in unserer Gesellschaft immer noch ungerecht zugehe: Frauen arbeiten oft mehr und bekommen dafür weniger.

„Der Zweite Gleichstellungsbericht besteht aus einem Gutachten einer Sachverständigenkommission und der Stellungnahme der Bundesregierung dazu. Die Sachverständigenkommission unter dem Vorsitz von Frau Professorin Dr. Eva Kocher empfiehlt in ihrem Gutachten, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Erwerbsarbeit und unbezahlte Arbeit in der Familie und für die Gesellschaft gerecht zwischen Frauen und Männern aufgeteilt werden kann. Sie hat dazu eine neue Kennzahl entwickelt. Den Gender Care Gap, der bei 52,4 Prozent liegt. Frauen wenden danach deutlich mehr Zeit für unbezahlte Tätigkeiten im Haushalt und für die Familie auf als Männer. Zudem erzielen Frauen pro Stunde und auch über den Lebensverlauf hinweg weniger Einkommen. Die Sachverständigenkommission bewertet diese Lohn- und Sorge-Lücke als Zeichen ungleicher Verwirklichungschancen von Frauen und Männern.

In ihrer Stellungnahme schließt sich die Bundesregierung dieser Analyse an: „Gleiche Verwirklichungschancen von Frauen und Männern sind nach Auffassung der Bundesregierung die Voraussetzung dafür, dass die grundgesetzlich festgeschriebene Gleichstellung von Frauen und Männern auch tatsächlich in der Lebenswirklichkeit der Menschen ankommt. Die statistisch nachweisbaren Unterschiede in der Lebensrealität von Frauen und Männern sind ein Indiz dafür, dass Gleichstellung im Sinne verwirklichter Lebensplanungen noch nicht erreicht ist.““

Die gesamte Pressemitteilung finden Sie [hier](#)

Weitere Informationen zum Gleichstellungsbericht finden Sie [hier](#)

8. G20, W20: Vom grenzenlos feministischen Protest

Am kommenden Wochenende treffen sich die Staats- und Regierungschefs der 19 führenden Industrie- und Schwellenländer und die EU, vertreten durch die EU-Kommission als G20 in Hamburg. [Nicht mal jeder Dritte](#) in Deutschland Lebende hat eine positive Einstellung zu diesem Treffen - in Hamburg wird Widerstand aus weiten Teilen der Gesellschaft erwartet. Auch Kirchen und Gewerkschaften engagieren sich im Protest.

Im April diesen Jahres fand der vom Deutschen Frauenrat mitorganisierte W20-Frauen-Gipfel statt, der große öffentliche Aufmerksamkeit bekam, vor allem aber auch, weil Ivanka Trump als Teilnehmerin dabei war. Auf dem W20-Gipfel wurde ein Kommuniqué vereinbart. Wie der [Homepage des Deutschen Frauenrats](#) zu entnehmen ist, enthält dieses Kommuniqué im Wesentlichen fünf Forderungen an die G20 Staaten:

„Systematische Integration von Gender-Analysen und Gender Budgeting in alle Wachstumsstrategien und politische Rahmenbedingungen; nationale Aktionspläne und Monitoring-Prozesse für die Umsetzung des Ziels „25 by 25“, das sich die G20 bereits im Jahr

2014 gesetzt hat, um die geschlechtsspezifische Beschäftigungslücke in den Mitgliedsstaaten bis zum Jahr 2025 um 25 Prozent zu schließen; Förderung von Unternehmerinnen und Kooperativen von Frauen; Überwindung der geschlechtsspezifischen digitalen Kluft; Zugang der Women20 zu den G20-Verhandlungen und den Treffen der G20-Sherpas.“

In frauenpolitischen und feministischen Kreisen gab es breite Kritik an dem Kommuniqué, es sei nur eine Ansammlung von Empfehlungen, die unverbindlicher nicht sein können. So auch im [Die Linke Newsletter Frauen- und Genderpolitik](#):

„Am Tisch saßen Frauen, die wohl kaum vom Leben reden können, wie viele von uns es kennen: eingepresst in das Hartz IV Regime, Armut im Alter, drei Mini-Jobs gleichzeitig, Angst vor Verlust des Jobs. Nein, am Tisch saßen neben Angela Merkel die IWF-Chefin Lagarde, die niederländische Königin Maxima sowie Ivanka Trump, die Tochter des US-Präsidenten. Was Frauenförderung für sie heißt? Die Perspektive von Unternehmerinnen in die G20 tragen. Denn: Auch Frauen können Neoliberalismus.

Wir wollen aber keine Gleichstellungspolitik, die sich darin erschöpft, weibliche Potentiale besser zu nutzen, besser auszubeuten. Wir wollen keine Politik, die das Hamsterrad nur weiter ankurbelt. Wir wollen nicht, dass Menschen sich immer weiter selbstoptimieren, um in immer weniger Zeit immer mehr Profit für andere zu schaffen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen – gleich welchen Geschlechts - durch Garantien des sozialen Lebens so abgesichert sind, dass sie sich für sich und in Solidarität zu anderen jeden Tag weiterentwickeln können. Deswegen nehmen wir teil an den dezentralen Aktionen am Freitag unter dem Motto "[Colour the red Zone](#)" und an der Demonstration am Freitag "[Grenzenlose Solidarität statt G20](#)". Wir werden kreativ, bunt und lebendig gegen die "Gleichstellungspolitik" der Mächtigen dieser Welt, die eine Verwertungs politik ist, protestieren. Ihr könnt Euch beteiligen, mit uns gemeinsam blockieren und demonstrieren. Wenn Ihr mit uns die Verhältnisse zum Tanzen bringen, oder wissen wollt, wie unser Auftreten dort konkret sein wird, schickt am besten eine E-Mail an [Nina Eumann](#).“

9. Endlich: Istanbul-Konvention ist beschlossen

Der Deutsche Bundestag hat am 31. Mai 2017 den Gesetzentwurf zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt, die so genannte „Istanbul-Konvention“, in zweiter und dritter Lesung beschlossen:

„Bundesfrauenministerin Manuela Schwesig: „Gewalt gegen Mädchen und Frauen muss konsequent bekämpft werden. Die Istanbul-Konvention fordert unter anderem, den Grundsatz ´Nein heißt Nein´ im nationalen Gesetz festzuschreiben. Das sollte selbstverständlich sein, doch unser Sexualstrafrecht war hier nicht eindeutig. Für die Schließung dieser Schutzlücke haben wir lange gekämpft. Dass wir nun endlich die Istanbul-Konvention ratifizieren können, ist mehr als ein politischer Erfolg, es ist eine echte Verbesserung für die Frauen in unserem Land. Es macht deutlich, dass es unser Anspruch ist, Frauen vor Gewalt zu schützen. Immer und überall.“

Mit dem Beitritt zum Übereinkommen verpflichtet sich Deutschland, auch in Zukunft alles dafür zu tun, um Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen, Frauen zu schützen und ihnen Hilfe und Unterstützung zu bieten. Die 81 Artikel des Übereinkommens enthalten umfassende

Verpflichtungen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, zum Schutz der Opfer und zur Bestrafung der Täter beziehungsweise Täterinnen. Die Konvention zielt damit zugleich auf die Stärkung der Gleichstellung von Mann und Frau und des Rechts von Frauen auf ein gewaltfreies Leben.

Mit der Ratifizierung setzt Deutschland national und international ein wichtiges Signal. Es ist wichtig, dass möglichst alle Mitgliedstaaten des Europarats der Konvention beitreten und es gelingt, auf europäischer Ebene einheitliche Schutzstandards zu schaffen. Denn die Konvention leistet mit ihrem umfassenden Ansatz einen zentralen Beitrag dafür, den Schutz von Frauen vor Gewalt in Europa entscheidend zu stärken und weiter zu entwickeln.

22 Mitgliedstaaten haben die Konvention bereits ratifiziert. Mit der Zustimmung des Bundestags ist nun auch der Weg für die Ratifikation Deutschlands frei.“

[Pressemitteilung](#)

VERANSTALTUNGEN / AKTIONEN

Viele spannende **Veranstaltungen** im Raum Brandenburg (und manchmal auch Berlin) finden Sie wie immer auf unserer [Webseite](#). Auf die Veranstaltungen unserer Mitgliedsorganisationen und Kooperationspartner*innen weisen wir hier kurz hin:

3.-15. Juli: [Prideweek: „LIEBE IST BUNT“](#) in Cottbus

11. Juli: [Seminar: Recht für Geflüchtete Einführung in das Asyl- und Flüchtlingsrecht](#) in Potsdam

12. Juli-11. September: [Ausstellung: „... unmöglich, diesen Schrecken aufzuhalten“](#) in Potsdam

15. Juli: [Pride Parade](#) Berlin

Bis zur nächsten Ausgabe der FPRmail wünscht Ihnen der Frauenpolitische Rat schöne Sommertage!

Buch-Tipp für den Sommerurlaub:

Sammelband "100 Jahre Frauenwahlrecht - Ziel erreicht! Und weiter?" Herausgegeben von der Literaturwissenschaftlerin Dr. Isabel Rohner und der Journalistin Rebecca Beerheide, mit Beiträgen einflussreicher Frauen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Öffentlichkeit, u.a. Rita Süßmuth, Gesine Schwan, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Manuela Schwesig, Sabine Lautenschläger / Europäische Zentralbank, Sigrid Nikutta / Vorstandsvorsitzende BVG, Mithu M. Sanyal, Zana Ramadani, Ulrike Guérot, Kerstin Wolff, Terre des Femmes, Juristinnenbund u.v.m.

„Wie kam es 1918 zum Frauenstimmrecht? Welche Bedeutung hatte es damals - und was verbinden Frauen heute damit? Wie kann das Wissen über die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland verbessert und die Leistungen der Pionierinnen auch den jüngeren Generationen wieder stärker vor Augen geführt werden? Welche Verantwortung trägt jede einzelne von uns - und wie sieht es eigentlich jenseits des deutschen Tellerrandes aus?“

Falls Sie aus der Mailingliste von FPRmail gestrichen werden wollen, teilen Sie uns dies bitte per Mail mit. Wir freuen uns natürlich auch über jede/n, die/der sich neu darauf registrieren lassen will.

IMPRESSUM

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 01. August 2017

Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e. V.

Zusammenschluss von 22 Frauenverbänden, -organisationen, -vereinen sowie Frauengruppen der Gewerkschaften, Kirchen und Parteien

Verantwortlich: Verena Letsch

Charlottenstraße 121, 14467 Potsdam

Fon: 0331 – 280 35 81,

Mail : kontakt@frauenpolitischer-rat.de

Web : www.frauenpolitischer-rat.de

Besuchen Sie uns auch auf [Facebook!](#)

FRAUEN RAT
POLITISCHER
LAND BRANDENBURG E.V.